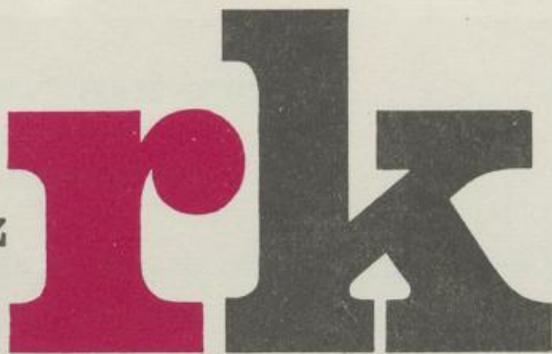


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 27. Mai 1983

Blatt 1363

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat 1364
Antrittsrede von Bürgermeister Gratz
Dank an die ausscheidenden Stadträte
Gratz kündigt internationalen Wohnbauwettbewerb an
Konstituierende Sitzung des Wiener Stadtsenates
Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages

Lokal:
(orange)

Veitschi - eine begehrte Pflanze

Nur

über FS: 26.5. Kabelbrand im Krankenhaus Lainz
Stadtbahnkürzung am Wochenende
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
27.5. Früherer Betriebsschluß beim "34 A"
Am Familiensonntag ins Volkstheater
Kerze verursachte Wohnungsbrand
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

Dank an die ausscheidenden Stadträte (1)

=++++

6 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) In seiner Antrittsrede vor dem Wiener Gemeinderat dankte Bürgermeister Leopold GRATZ den ausscheidenden Stadträten mit folgenden Worten:

"Durch die Neuwahl des Stadtsenates gehören eine Reihe von Mitgliedern dem neuen Stadtsenat und damit der Landesregierung nicht mehr an.

Dr. Günther GOLLER, der seit 1969 dem Gemeinderat angehört, war seit 1973 Stadtrat. Er hat große Fachkenntnis in Rechtsfragen, in Baufragen und in Wirtschaftsfragen bewiesen.

Frau Dr. Gertrude KUBIENA, die seit 1978 dem Stadtsenat angehörte, widmete sich entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation vor allem den Gesundheits- und Sozialfragen mit großen Engagement.

Franz NEKULA gehört seit 1964 dem Gemeinderat an. 1969 wurde er zum Amtsführenden Stadtrat für die städtischen Unternehmen gewählt. In seine Amtszeit fielen sehr wesentliche Maßnahmen für das Leben in unserer Stadt. Ich erwähne nur bei den Wiener E-Werken den Bau des Kraftwerkes Donaustadt und des Gasturbinen-Kraftwerkes, bei den Gaswerken die Umstellung auf Erdgas und beim öffentlichen Verkehr den Bau der U-Bahn sowie die Modernisierung der Straßenbahn. 1979 übernahm Franz Nekula das Ressort Personal- und Rechtsangelegenheiten. Wichtige Umweltschutzgesetze und die Besoldungsreform gehören zu den Arbeitsergebnissen.

Josef VELETA war von 1965 bis 1979 Bezirksvorsteher in Hernald und seither Amtsführender Stadtrat für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Er befaßte sich in dieser Zeit intensiv mit jenen großen Problemen der Entsorgung, die heute weltweit einer Lösung harren. Die Beispiele der EBS und der Hauptkläranlage zeigen, daß es in Wien gelungen ist, wesentliche Fortschritte bei der Bewältigung dieser Probleme zu erreichen. Zum Aufgabenbereich von Stadtrat Veleta gehörte auch die Wiener Holding, bei der wir eine äußerst positive Entwicklung registrieren können.
(Forts.) red/ap

NNNN

Dank an die ausscheidenden Stadträte (2)

=++++

7 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER, seit 1976 Amtsführender Stadtrat für Stadtplanung, hatte vor allem die Aufgabe übernommen, bis zum Ende der vergangenen Arbeitsperiode den Entwurf für den Stadtentwicklungsplan fertigzustellen. Diese Aufgabe ist erfüllt, die allgemeine Diskussion über den Entwurf konnte bereits im vorigen Jahr begonnen werden.

Professor Dr. Helmut ZILK, seit 1979 Amtsführender Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst, hat sich in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit allseitige Anerkennung erworben. Wiens Kulturleben ist in dieser Zeit noch lebendiger und reichhaltiger geworden, wofür das Programm der jetzt laufenden Wiener Festwochen ein besonders eindurcksvolles Beipiel ist.

Sie alle haben zum Teil aus unterschiedlichen politischen Positionen das Beste für unsere Stadt und unsere Mitbürger gegeben, sie haben zum Teil ihre Gesundheit dafür geopfert. Ich will ihnen in aller Form und aus ganzem Herzen den Dank des Gemeinderates ebenso aussprechen wie meinen persönlichen Dank."

(Schluß) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (1)

=++++

8 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) In seiner Antrittsrede vor dem Wiener Gemeinderat führte Bürgermeister Leopold Gratz aus:

"Ich bin vor kurzem mit den Stimmen der Gemeinderäte der Sozialistischen Partei zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt worden. Die Annahme dieser Wahl bedeutet auch diesmal für mich die Verpflichtung, für alle Wienerinnen und Wiener tätig zu sein - unabhängig davon, ob und wie sie am 24. April gewählt haben -, bedeutet die Verpflichtung, das Wohl der Stadt Wien und ihrer Bürger als einzigen Maßstab meines Handelns zu betrachten.

Das diese Feststellung keine Floskel und keine leere Formalität bedeutet, glaube ich, in den fast zehn Jahren meiner Amtstätigkeit bewiesen zu haben. Durch eine Wahl wird der Gewählte, in welcher Funktion immer, nicht mit größerem Wissen oder besonderen Fähigkeiten ausgestattet, die er vorher nicht hatte. Er übernimmt nur die Verpflichtung all sein Wissen, all seine Energie für seine Mitbürger einzusetzen und sich bei dem, was er aus seinem Wissen und seiner Überzeugung für richtig hält, weder durch lautstarke Pressure-groups noch durch günstige oder ungünstige Kommentare beeinflussen zu lassen. Die vergangenen Jahre haben bei aller Härte der politischen Auseinandersetzung gezeigt, daß alle Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates von diesen Prinzipien geleitet waren.

Weder ein Parlament noch ein Gemeinderat wäre arbeitsfähiger als Versammlung von Vertretern regionaler oder beruflicher Sonderinteressen. In der Arbeit des Gemeinderates und in den Diskussionen haben alle Mandatäre gezeigt, daß sie, dem Willen und dem Geist der Verfassung folgend, sich über die Sonderinteressen ihrer Region oder ihres Berufsstandes erheben konnten und nach ihrem besten Wissen und Gewissen das Beste für unsere Heimatstadt Wien wollten. Das soll, ich sagte dies schon einmal in diesem Haus, nicht bedeuten, daß ich mit einem allgemeinen Appell an das Wienerische legitime Differenzen in den politischen, ideologischen oder moralischen Zielvorstellungen verwischen will. Aus diesen Differenzen ergibt sich in der Demokratie erst die Gesamtpolitik.
(Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (2)

=++++

9 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich bekräftige vor diesem Gemeinderat meinen Willen zur Suche nach gemeinsamen Lösungen, zum Konsens. Ich will aber auch zu Beginn der Arbeitsperiode nicht verschweigen, daß auch ein Mehrheitsbeschluß ein legitimes Mittel der Konfliktlösung in der Demokratie ist. Und die Mehrheiten sind für die nächsten fünf Jahre von den Wählern klargestellt worden: So sehr vor den Wahlen mancher aus innerer Überzeugung behaupten konnte, eine besondere Einsicht in das zu haben, was die Wiener wirklich wollen, so sehr ist diese Phase nun vorbei. Die Wiener haben am 24. April gesagt, was sie wirklich wollen und dies durch ihre Stimmenabgabe zum Ausdruck gebracht.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung zu machen: In einigen Zeitungen bzw. Magazinen sind sowohl vor der Wahl als auch nach der Wahl Zensuren an die Mitglieder des Nationalrates und auch des Gemeinderates verteilt worden. Da wurde die Grammatik der Rede analysiert, die Anzahl der Wortmeldungen im Parlament bzw. im Gemeinderat, da wurde sogar abwertend festgestellt, daß jemand - unter Anführungszeichen - "nur" von örtlichen Parteiorganisationen kandidiert wurde. Es betraf dies Abgeordnete aller Parteien. Ich will hier sehr persönlich dazu Stellung nehmen. Als junger Parlamentsbeamter hatte ich zu Beginn denselben geistigen Hochmut wie diese Kommentatoren. Ich fragte mich bei manchen Abgeordneten, die sich weniger oft zu Wort meldeten und im Parlament nicht als Stars aufschienen, wieso sie Abgeordnete seien. Und dann besuchte ich einmal einen solchen Abgeordneten in einer entlegenen Gebirgsgegend Österreichs und sah, wie ihm jeder, vom Arzt bis zum Holzfäller, vom Landwirt bis zum Bauarbeiter, mit Zuneigung und Verehrung begegnete, und wie ihm alle Menschen ihre persönlichen Sorgen anvertrauten, damit er ihnen helfe, sie zu lösen. Das war eine Lehre für mich, die ich nie vergessen habe:

Volksvertreter sein heißt nicht nur im Plenum zu brillieren, sondern das Vertrauen und die Zuneigung der von ihm Vertretenen zu besitzen; das heißt, nicht nur gut zu formulieren, sondern mit viel Mühe und Fleiß in den Ausschüssen mitzuarbeiten. Und so möchte ich hier alle Kritiker und auch alle wohlmeinenden Freunde vor diesem Hochmut warnen, der aus einem falschen Verständnis der repräsentativen Demokratie entspringt. Ich bekenne mich leidenschaftlich zur Volksvertretung als einer Vertretung aller Teile unseres Volkes und das bedeutet, von jemand vertreten zu werden, dem man persönlich als Mensch vertraut. (Forts.) red/gg

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (3)

=++++

10 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich will gleich an dieser Stelle ein Wort zur Privilegiendiskussion sagen. Die Invaliditätsstatistik der Mandatare der Stadt Wien beweist jedenfalls eines:

Daß von den Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates Arbeitsleistungen erbracht werden, die jedenfalls mit den normalen Maßstäben des österreichischen Arbeitsrechtes nicht zu messen sind. Ich möchte zweitens in Erinnerung rufen, daß ein Vergleich der Arbeitsleistungen der Mitglieder des Wiener Gemeinderates mit den Mitgliedern der Landtage in den anderen Bundesländern gar nicht möglich ist, weil zur Arbeit des Landtagsabgeordneten eben die Detailarbeit im Gemeinderat und vor allem in den Ausschüssen dazukommt. Es wird oft außerhalb dieses Hauses übersehen, daß der Wiener Gemeinderat nicht wie ein Landtag gesetzgebendes Organ ist, sondern ein kollektives Verwaltungsorgan, was die Beschäftigung mit zehntausenden einzelnen Aktenstücken und nicht nur mit generellen Gesetzesvorlagen verlangt.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen will ich ausdrücklich feststellen, daß sich sicher die Mandatare der Stadt Wien einer im Nationalrat gefundenen allgemeinen Regelung nicht entziehen werden. Ich will aber auch darauf hinweisen, daß viele der in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen seit Jahrzehnten in der Stadt Wien bereits erfüllt sind: Die Mitglieder des Gemeinderates gehören keinen Aufsichtsräten von Unternehmungen an. Die Mitglieder des Stadtsenates, die in Vertretung der Interessen der Stadt Wien in Aufsichtsräte entsandt werden müssen - es betrifft dies die Energiewirtschaft, den ORF und die Zentralsparkasse - erhalten dafür entweder keinerlei Entschädigung oder liefern die erhaltene Entschädigung unmittelbar an die Stadtkasse ab.

Ein Mitglied des Gemeinderates, das sein Mandat wegen der Wahl zum Mitglied des Stadtsenates zurücklegt, erhält für die Tätigkeit im Gemeinderat keine Abfertigung. Eine Fortzahlung der Bezüge von Mitgliedern des Stadtsenates tritt nur dann ein, wenn der Betreffende keinen Anspruch auf Pension hat. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (4)

=++++

13 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Jedenfalls wird der Stadtsenat in diesen Fragen, wie es sich meiner Ansicht nach im Kräftespiel zwischen gewähltem und wählendem Organ gehört, die Initiative und den Inhalt der Regelung den Klubs der im Gemeinderat vertretenen Parteien überlassen.

Wenn ich nunmehr versuche, auszugsweise und schwerpunktmäßig einige Gedanken über die Arbeit in den kommenden fünf Jahren vorzutragen, so bin ich mir dessen bewußt, daß jede Aufzählung unvollständig sein muß. Das Bild einer Stadt entsteht nicht aus einigen großen Pinselstrichen - das Bild einer Stadt entsteht durch planvolles Aneinanderfügen zehntausender Details. Keines davon ist unwichtig für das Leben in unserer Stadt und alle zusammen ergeben erst das Bild unseres Wien.

Das planvolle Aneinanderfügen der Details dieses Mosaiks ist das Wesentliche. Wir werden daher die Diskussion über den Stadtentwicklungsplan, die erfreulicherweise eine so große Resonanz in der Bevölkerung, wie auch in Fachkreisen gefunden hat, fortsetzen und den Stadtentwicklungsplan sodann dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorlegen. Durch die Verringerung der Zahl der Amtsführenden Stadträte ist die Verantwortung für die Planung eingebettet in die Gesamtverantwortung des Ressorts für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß dies nicht ein Wegfallen der Planung bedeutet, sondern, wie gesagt, ein Einfügen in jenes Ressort, das für einen wesentlichen Bereich der Umsetzung der Planung zuständig ist. Die intensive Grundlagenarbeit, die geleistet wurde, der Arbeitseinsatz aller Mitarbeiter des Magistrats für die Erstellung des Entwurfes zum Stadtentwicklungsplan ebenso wie die Anteilnahme der Öffentlichkeit veranlassen mich, auch wenn der Bürgermeister keine Ressortzuständigkeit hat, mich persönlich für das Weiterführen der Diskussion und für das Zustandekommen des endgültigen Stadtentwicklungsplanes verantwortlich zu fühlen. Ich werde gemeinsam mit dem dafür zuständigen Stadtrat Ing. Hofmann dafür sorgen, daß diesem Gemeinderat ein Plan vorgelegt wird, der als Ergebnis einer breiten Diskussion den Wienern die Vision des Wien von morgen zeigt. Dies entsprechend dem Grundsatz, daß Politik zweierlei bedeutet: die Probleme der Menschen von heute zu lösen und gleichzeitig die Zukunft zu gestalten. (Forts.) red/ap

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (5)

=++++

14 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich sagte schon, eine solche Rede muß zwangsläufig unvollständig sein. Einerseits wegen der Fülle der Details, die das Leben in einer Stadt ausmachen, andererseits, weil eine fünfjährige Amtsperiode nur ein Augenblick in der Geschichte unserer Stadt ist. Es geht nicht darum, auf dem Reißbrett die Idealstadt aus dem Nichts zu konzipieren sondern in einer durch viele hundert Jahre gewachsenen Stadt, von deren Geschichte man sich im Guten wie im Bösen nicht scheiden lassen kann, weiterzuarbeiten.

Und so darf ich, anstatt mit einer Analyse des Zustandes zu beginnen, auf meine Rede anlässlich der Auflösung des Gemeinderates am 18. Februar 1983 in diesem Haus verweisen und nur folgendes sagen: Bei allen Problemen, die wir zu lösen haben, bei allen Zielvorstellungen, die wir noch verwirklichen wollen, haben wir erfreulicherweise als Ausgangsbasis unserer Arbeit in den nächsten Jahren eine wirtschaftlich gesunde, ungemein lebendige und vitale Stadt ohne Slums und Massenarbeitslosigkeit, ohne verödete Stadtteile, mit einer gesunden Infrastruktur und mit einer zwar nicht konfliktfreien, aber kooperativen Gesprächsebene zwischen den Wirtschaftspartnern.

Mußte man sich noch vor zehn Jahren mit dem Vorwurf auseinandersetzen, Wien sei so wie andere Städte zum Niedergang verurteilt, mit einem immer mehr verödemdem Zentrum, mit absterbendem kulturellem und gesellschaftlichem Leben, mit einer zunehmenden Flucht aus der Stadt, so hat die Entwicklung der letzten Jahre die Befürchtungen dieser antiurbanen Modephilosophie widerlegt. Das Zentrum Wiens ist so lebendig wie nie zuvor. Die Wirtschaft Wiens hat ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Das Leben in der Stadt ist attraktiver geworden, die Wohnformen vielfältiger, das kulturelle Leben reichhaltiger als je zuvor und die Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten so groß und so mannigfaltig wie niemals zuvor in der Geschichte dieser Stadt. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (6)

=++++

16 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Selbst das Ergebnis der Volkszählung beweist in Wirklichkeit die ungebrochene Attraktivität der Stadt Wien. Wenn man von den formalen Landesgrenzen und von sicher bedauerlichen finanziellen Konsequenzen absieht, dann hat sich die Wanderungsbewegung nicht hunderte Kilometer weit weg erstreckt, sondern dann zeigt sich, daß die Menschen lediglich die durch die Motorisierung und durch den Ausbau des Schnellbahnnetzes neu gewonnene Mobilität genützt haben. Und zwar, um nach ihren persönlichen Wünschen im Grünen wohnen, aber dennoch all das weiter konsumieren zu können, was eben nur die Stadt bietet: die Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie die Vielfalt der gebotenen Arbeitsplätze. Würde man eine Landkarte von Wien-Umgebung nicht im Distanzmaßstab zeichnen, sondern nach Minutenentfernungen vom Zentrum, dann würde sich zeigen, daß die Ein-Stunden-Entfernungsregion ebenso viele, wenn nicht mehr Einwohner besitzt, wie früher.

Für die Amtsführenden Stadträte und mich ist das Arbeitsprogramm, mit dem die Mehrheitspartei zu den Wahlen angetreten ist, die Grundlage ihrer Arbeit. Ich bitte dieses Arbeitsprogramm, das ich auflegen ließ, als Teil meiner heutigen Rede über die Grundsätze für die Arbeit der nächsten fünf Jahre zu betrachten. Im Rahmen der Grundsätze dieses Arbeitsprogrammes haben die für die einzelnen Ressorts verantwortlichen Stadträte die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit zusammengefaßt und mir übergeben. Diese Schwerpunkte möchte ich Ihnen nun in Kürze vortragen.

Zum Bereich der Rechtsangelegenheiten und des Personals habe ich schon mehrmals meiner festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es kein städtisches Interesse, kein Landesinteresse und auch kein Amtsinteresse geben darf, das nicht abgeleitet ist vom Interesse der Menschen dieser Stadt und vom Wohl der Menschen dieser Stadt.

(Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (7)

=++++

17 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Aus diesem Grunde habe ich im Jahr 1976 den Auftrag gegeben, die Wiener Rechtsvorschriften zu durchforsten. Bei dieser Rechtsbereinigung, die schon in einigen Bereichen Ergebnisse gebracht hat, ist es mir zunächst darum gegangen, festzustellen, welche Rechtsvorschriften heute noch gelten, und des weiteren zu prüfen, welche auch in Geltung bleiben sollen. Gleichzeitig habe ich festgelegt, daß untersucht wird, welche Bereiche überhaupt der staatlichen Aufsicht, Verwaltung oder Gestaltung unterworfen sein sollen. Aber auch zahlreiche neue Gesetzeswerke wurde in den letzten Jahren verwirklicht. So ergab zum Beispiel die Novellierung der Wiener Stadtverfassung, die unter anderem Volksabstimmung, Volksbefragung, Volksbegehren brachte eine stärkere Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungsprozesse, mehr Aufgaben für die Bezirksvertretung, aber auch eine Belebung der parlamentarischen Einrichtungen.

An Gesetzesvorhaben für die nächsten Jahre liegen das Sicherheitgesetz vor, das selbstverständlich einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit zu unterziehen ist, wie auch die notwendige Novelle der Bauordnung.

Ich bin davon überzeugt, daß sich bei vielen Gesetzesvorhaben, so wie in der Vergangenheit, ein Konsens erzielen läßt, und sie ebenso wie hunderte Gesetzeswerke der letzten Jahre einstimmig beschlossen werden.

Die Gemeinde ist das wesentliche Verbindungsstück des einzelnen Bürgers zum Leben der Gesellschaft. In ihr werden die lebensnotwendigen Dienste geleistet: Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesen, öffentliche Verkehrsmittel, Ver- und Entsorgung, Sozialhilfe, Sport- und Freizeitmöglichkeiten und das kulturelle Angebot.

In der Zeit der obrigkeitlichen Verwaltung umfaßte die Staatstätigkeit zu 90 Prozent behördliche Angelegenheiten. Heute sind in Wien nur noch 10 Prozent der Beamten in der Behördenvollziehung und etwa 90 Prozent in der gestaltenden Verwaltung und im Dienstleistungsbereich tätig. Bei genauer Betrachtung ist der Ausdruck "Verwaltung" nicht mehr zutreffend. Man müßte eigentlich "Gestaltung" sagen. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (8)

=++++

18 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien hat - und ich habe das auch schon vor dem Gemeinderat und bei zahlreichen öffentlichen Gelegenheiten gesagt - hervorragende Mitarbeiter. Und ich lehne die in manchen Medien vertretene Ansicht ab, daß Sachverstand grundsätzlich nur außerhalb der beamteten Mitarbeiter zu finden ist. Wir haben in den Reihen unserer Mitarbeiter gut ausgebildete, fähige und einsatzbereite Beamte, die auf ihrem Gebiet ihr Bestes für die Stadt Wien und die Bewohner geben. Natürlich müssen wir laufend überlegen, ob wir dieses Verwaltungsinstrument nicht verbessern können. Wir müssen auch versuchen, unsere Ziele mit dem geringsten Aufwand und rasch zu erreichen, mit Methoden, die der Verwaltung adäquat sind und mit Zielsetzungen und Vorgangsweisen, die sich mit den Interessen der Bürger decken. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Maßnahmen im Einvernehmen mit den Betroffenen selbst, also den Mitarbeitern, der Personalvertretung und der Gewerkschaft setzen. Eine noch bessere Verwaltung stellt nicht nur eine Chance der Stadt gegenüber den Bürgern dar, sondern ist auch eine Chance für die Mitarbeiter selbst.

Die neue demokratische Verwaltung wurde in Wien unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aufgebaut. Man hat damals in Wien mit der Verwaltungstradition, die die Interessen der Stadt als etwas anderes betrachtet hat als das gemeinsame Interesse des Menschen in Wien, gebrochen. Man hat schon damals versucht, mit der Mentalität aufzuräumen, daß die Stadtverwaltung besser weiß, was den Menschen nützt als die Menschen selbst. Von Wien als erster und einziger Stelle Österreichs nahm also eine neue Art der Verwaltung ihren Ausgang. Und wenn ich heute sage, daß wir diesen Geist fortführen müssen, dann bedeutet dies, so theoretisch es auch klingt, ununterbrochen zu versuchen, das Leben der Menschen in unserer Stadt in allen Bereichen so angenehm, so glücklich, so problemlos wie möglich zu gestalten.

Die Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten ist um den Konsumentenschutz erweitert worden. Das ist eine Aufgabe, die über die nach dem Gesetz notwendigen Kontrollen durch die zuständigen Magistratsdienststellen hinausgehen muß. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (9)

=++++

19 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Konsumentenschutz heißt für uns auch Beratung, Anregung und Koordination. Es ist zu überlegen, ob auf Landesebene die Zuständigkeiten ausreichen und durch welche gesetzlichen Initiativen ein umfassender Konsumentenschutz für Wien gewährleistet werden kann. In diesem Zusammenhang könnte dann auch die Forderung nach einem eigenen Beirat zum Schutz der Wiener Konsumenten verwirklicht werden.

Eine leistungsfähige Wiener Wirtschaft ist das Fundament für das Leben in dieser Stadt. Durch eine soziale Finanz- und Wirtschaftspolitik muß gesichert werden, daß alle anderen Zielsetzungen - von einer gesunden Umwelt bis zur Stadterneuerung, von der Erziehung bis zu kulturellen Aktivitäten und Freizeiteinrichtungen, von Spitälern und sozialen Diensten bis zu technischen Einrichtungen wie der Ver- und Entsorgung und dem Verkehr - finanziert werden können.

Auf der Grundlage einer modernen Infrastruktur ist den Wiener Betrieben Hilfestellung zu geben. Es ist auf die Bedürfnisse von Klein-, Mittel- und Großbetrieben Bedacht zu nehmen. Hier auf eine "Small is beautiful"-Bewegung zu setzen, wäre ebenso falsch, wie auf die in Wien dominierenden Klein- und Mittelbetriebe in der Wirtschaftsförderung zu vergessen. Die Wiener Wirtschaftspolitik ist auf ein Miteinander von Klein-, Mittel- und Großbetrieben ausgerichtet. Die besondere Sorge gilt dem Halten eines für eine Großstadt lebenswichtigen hohen Anteils des industriellen und produzierenden Sektors an der Wiener Wirtschaft.

Die Wiener Arbeitslosenraten lagen in den letzten Jahren immer unter dem österreichischen Durchschnitt. Die Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus ist auch in der neuen Arbeitsperiode das oberste Ziel, denn nur wer Arbeit hat, kann sich sicher und geborgen fühlen.

Zur weiteren Modernisierung der Infrastruktur und zur Sicherung der Arbeitsplätze wird die Stadt ihr Investitionsprogramm fortsetzen. Dabei haben Investitionen, die sich weitgehend selbst finanzieren, wie der Ausbau der Fernwärme, Wohnbau und Stadterneuerung sowie ordnungspolitische Maßnahmen wie der weitere U-Bahn-Bau Priorität. Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung sind kein Gegensatz, im Gegenteil: die Sicherung der Umwelt und die Verbesserung der Lebensqualität sind vielfach nur durch umfangreiche Investitionen möglich. Darunter fallen die Schaffung von mehr Grün ebenso wie die Erneuerung abgewohnter Stadtteile, der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel ebenso wie umfangreiche Lärmschutzmaßnahmen. (Forts.) red/gg

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (10)

=++++

20 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ein besonderes Augenmerk ist auf die Lehrlingsfrage und auf die Beschäftigung von Jugendlichen zu richten. In Wien gelang es nicht zuletzt durch die Wiener Lehrplatzförderung - für 95 Prozent der Schulabgänger eine Lehrstelle zur Verfügung zu stellen.

Der seit 1982 agierende Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hat sich bewährt. Neben der Fortführung des bestehenden Serviceangebotes und der erfolgreichen Aktionen von den Baurechtsgründen bis zur Innovationsförderung sollte möglichst rasch ein Exporthandelshaus verwirklicht werden. Dahinter steckt die Idee, daß Wiener Betriebe als einzelne Unternehmen oft nicht in der Lage sind, auf Grund ihrer kleinen Kapazität Wünsche von Großkunden zu befriedigen. ein Exporthandelshaus könnte die Zusammenarbeit einzelner kleinerer Unternehmen initiieren und die Produkte international anbieten.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch ein paar Worte zum Wiener Wirtschaftsbeirat sagen als jenem Gremium, in dem die Interessensvertreter gemeinsam mit der Stadt Wien tätig sind. Der Wiener Wirtschaftsbeirat wird seine Arbeit weiterhin fortsetzen, schon deshalb, weil ich ihn für ein ungeheuer wertvolles Instrument halte. Ich bin auch sehr froh, daß sowohl die Arbeiterkammer als auch die Handelskammer ausführliche Stellungnahmen zur kommunalen Arbeit der kommenden Jahre übermittelt haben.

Die finanzielle Situation Wiens ist geordnet und schließt einen optimistischen Blick in die Zukunft nicht aus. Nach wie vor gelingt es, die in den Budgets ausgewiesenen Abgänge im Verlaufe eines Budgetjahres und des Vollzugs zu verringern. Das wird auch bei dem in Kürze im Wiener Gemeinderat zu diskutierenden Rechnungsabschluß für das Jahr 1982 der Fall sein.

Daß es gelingt, vorgesehene Budgetabgänge zu verringern, ist ein Hinweis auf die sparsame Verwaltung dieser Stadt. In der kommenden Arbeitsperiode wird man in allen Ausgabenbereichen mit äußerster Sparsamkeit arbeiten müssen. Trotz aller Sparsamkeit sollen jedoch nicht das Angebot oder der Standard städtischer Dienstleistungen verringert werden. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (11)

=++++

21 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Wien begrüßt die Ankündigung der neuen Bundesregierung, den Finanzausgleich bedarfsgerecht gestalten zu wollen. Denn so wichtige Bereiche wie die Finanzierung der Spitäler oder des öffentlichen Nahverkehrs wurden bei den bisherigen Finanzausgleichsregelungen nur sehr untergeordnet berücksichtigt. Wien kann ins Treffen führen, daß es für viele Patienten aus den anderen Bundesländern die medizinische Spitzenversorgung und die damit verbundenen Kosten trägt und daß in anderen Regionen Österreichs der Bund über Bahn und Post den öffentlichen Nahverkehr bestreitet.

Die neue Bundesregierung hat in ihrem Arbeitsübereinkommen eine Energieverbrauchsabgabe zur Dotierung eines Umweltschutzfonds angekündigt. Die produktionsbedingten Unterschiede in den Strompreisen zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern sind bekannt. Bei der Einführung der neuen Abgabe müßte ein Größerwerden der bestehenden Unterschiede - wie es bei einem einheitlichen prozentmäßigen Zuschlag der Fall wäre - verhindert werden.

Die geografische Randlage der Ostregion müßte durch ein großes Infrastrukturprogramm gemildert werden. Vorgeschlagen werden der Ausbau der West- und Südbahn zu Hochleistungsstrecken, die Fertigstellung der Südautobahn, die rasche Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals und der Bau des Donau-Oder-Elbe-Kanals mit einem Stichkanal in das Marchfeld. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (12)

=++++

22 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Um Orientierungsfähigkeit und überschaubarkeit in einer sich technisch-wissenschaftlich rasch verändernden Welt erhalten zu können, muß sich die Jugend- und Erwachsenenbildung als Demokratisierung des Zuganges zur Kultur und als Instrument der Überwindung von Schwellenangst und Desinteresse bewähren. Noch flexiblere Bildungsangebote werden daher ebenso wichtig sein, wie eine bildungsorientierte Familienarbeit. Ebenso wichtig wird für die Jugend aber auch ein flächendeckendes Netz von neuen Jugendzentren, der Ausbau der Volkshochschulen und der Häuser der Begegnung sowie die Errichtung neuer städtischer Büchereien und Musikschulzentren sein. Die Modeschule und das Konservatorium der Stadt Wien müssen durch geeignete Maßnahmen im baulich-technischen Bereich, durch die Gewinnung hervorragender Lehrkräfte und eine effiziente Lehrplangestaltung in ihrem Rang als auch international anerkannte Ausbildungsstätten aufgewertet werden. Landesbildstelle und Medienzentrum sollen schwerpunktmäßig für Video- und TV-Einsatz in Schule und Volksbildung wirken.

Auf dem Schulsektor wird der Schwerpunkt in der Einführung und Organisation der neuen Hauptschule liegen. Vor allem wird die Stadt Wien als Schulerhalter durch entsprechende organisatorische Maßnahmen die materiellen Voraussetzungen schaffen, damit diese neue Schulform mit der Einführung von Leistungsgruppen die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Da der Erfolg dieses neuen Schultyps, mit dem zum Teil pädagogisches Neuland betreten wird, auch am Engagement der Lehrer liegen wird, soll eine erweiterte, verbesserte Ausbildung und Fortbildung den Lehrern die neuen Aufgaben erleichtern. Hier muß allerdings auch an die Eltern appelliert werden, die Lehrer bei ihren Aufgaben partnerschaftlich zu unterstützen. Zum Gelingen der neuen Hauptschule wird aber auch die weitere Senkung der Klassenschülerzahlen beitragen.

(Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (13)

=++++

23 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Jeder zweite Wiener Jugendliche besucht eine Berufsschule. Daher ist es von besonderer Bedeutung, daß wir im Interesse eines hohen Standards unserer Facharbeiterausbildung und der Wiener Wirtschaft moderne Berufsschulen schaffen und sie mit zeitgemäßen Technologien ausrüsten. Dazu wird auch die Errichtung eines fünften Zentralberufsschulgebäudes gehören.

Mit der Stadterneuerung Hand in Hand wird zweifellos auch die Modernisierung von erhaltenswürdigen Schulen und der Ersatz überalteter Schulgebäude gehen müssen. Der Erwerb von angrenzenden Grundstücken bei jenen Schulen in den Innenbezirken, die noch aus der Gründerzeit stammen, wird gerade in dicht verbauten Gebieten bei der teilweisen Verwendung als Grünflächen sehr nutzbringend sein.

Auf dem Gebiet der Familien- und Jugendbetreuung müssen die Kindertagesheime nach künftigen Bedarfsschwerpunkten weiter ausgebaut werden, um die Vollversorgung der Drei- bis Fünfjährigen mit Kindergartenplätzen zu erhalten. Die Anzahl der Krippenplätze und Tagesmütter wird dem Bedarf entsprechend weiter vermehrt werden. Um die Lebenschancen der Kinder gerade in den ersten Jahren verbessern zu können, werden die Mutterberatungen attraktiver ausgestaltet, wird die Idee der Familienplanung verstärkt propagiert und werden sozialpädagogische Beratungsstellen und Sonderpädagogische Ambulanzen möglichst in Wohnnähe zur Verfügung gestellt werden. Wo ein Kind aus verschiedenen Gründen nicht in seiner Familie aufwachsen kann, soll ihm Erziehung in einer Pflegefamilie ermöglicht werden. Die Jugendbetreuung erfordert aber eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter. Deshalb tritt die Stadt Wien für eine gemeinsame und auf drei Jahre erweiterte Grundausbildung für Sozialarbeiter und Erzieher ein.

Ich habe einmal hier gesagt, ich werde kein
Fremdenverkehrsbürgermeister sein. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (14)

=++++

24 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich wollte damit sagen, daß ich nicht vorhabe, Bürgermeister einer künstlich konservierten Stadt ohne wirkliches Leben zu sein, einer Art riesigen Museums, und ich vertrete nach wie vor die Ansicht, daß die wichtigste Voraussetzung für einen florierenden Tourismus ein blühendes Gemeinwesen ist, in dem sich seine Bewohner wohlfühlen. Die Bedeutung des Fremdenverkehrs ist mir durchaus bewußt, die weit über den primären wirtschaftlichen Stellenwert hinausgeht. Prestige, Nimbus, Bedeutung einer Stadt sind durchaus nicht zuletzt vom Tourismus abhängig, von ihrer Kraft, Menschen aus aller Welt anzuziehen.

Wien gehört heute zu den fünf beliebtesten internationalen Kongreßstädten und zu den zehn populärsten Tourismuszielen der Welt. Und unser Wiener Fremdenverkehrsverband wird, getragen vom Vertrauen einer leistungsfähigen Fremdenverkehrswirtschaft, sein erfolgreiches weltweites Marketing fortsetzen. Die neuen Hotelprojekte werden dabei ebenso in seine Arbeit intergriert sein wie das österreichische Konferenzzentrum.

Es gibt viele Dinge, die das Leben in der Großstadt interessant und lebenswert machen. Eines davon ist ohne Zweifel das breite kulturelle Angebot, das dem Großstädter - auch im Medienzeitalter - unendlich viele Möglichkeiten zur Unterhaltung und Information, zur Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit, bis hin zur Selbstentfaltung bietet.

In den letzten Jahren hat eine Ausweitung und Demokratisierung des kulturellen Lebens stattgefunden, die es weiterzuführen und auszubauen gilt. Der begonnene Weg, Kultur mehr Menschen zugänglich zu machen als bisher, muß verstärkt begangen werden.

Die Ausstellungstätigkeit der Stadtbibliothek, des Stadtarchivs und der Museen der Stadt Wien konnte in den letzten Jahren ein beträchtliches Anwachsen der Besucherzahlen verzeichnen. Diesem großen Interesse soll durch einem weiteren Ausbau des Ausstellungswesens entsprochen werden. Die Möglichkeit, kleinere Ausstellungen in die Bezirke zu transferieren, soll forciert werden. Bietet sich doch gerade dadurch die Möglichkeit, neue Bevölkerungsschichten zu erreichen. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (15)

=++++

25 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ein weiterer Schwerpunkt wird auch in den nächsten Jahren die Kulturarbeit in den Bezirken sein. Dazu gehören die Bezirksveranstaltungen, eine weitgestreute Veranstaltungstätigkeit bei den Festwochen und beim "Musikalischen Sommer", Aktionen wie "Advent in Wien" oder "Kunst im Cafe" und schließlich die Konzerte und Ausstellung in Spitälern und Heimen.

Vorurteile gilt es auch abzubauen, wenn es um selbstverwaltete Kulturzentren, wie das WUK, oder um Kulturstätten, in denen die Jugend ihre Selbstverwirklichung sucht, wie die "Szene Wien", geht. Gerade diese Häuser sind es doch, die jungen Menschen die Möglichkeit geben, über den Kulturkonsum hinaus, selbst kulturell tätig zu werden.

Die Kulturarbeit der kommenden Jahre ist undenkbar, ohne die Fortführung und den Ausbau derartiger, auch für die einzelnen Bezirke, wesentlicher Einrichtungen. Allerdings muß sich es die kritische Jugend gefallen lassen, daß ihr ebenfalls kritisch die Frage nach der Resonanz ihrer selbstverwalteten Einrichtungen gestellt wird.

Sichtbarer Ausdruck der Kultur und Lebensweise einer Stadt ist ihr Aussehen. Die Pflege der historischen Substanz unserer in Jahrhunderten gewachsenen Stadt, zählt auch in den kommenden Jahren zu den wesentlichsten Anliegen der Kultur -, ja der Kommunalpolitik überhaupt. Das charakteristische, das unverkennbare Aussehen Wiens soll bewahrt werden. Durch den Schutz und die Pflege denkmalgeschützter Häuser und von Objekten in Schutzzonen sowie sonstiger für das Stadtbild bedeutender Bauten und durch adäquate Lösungen für Neubauten, speziell in sensiblen städtebaulichen Bereichen. Wien verfügt mit dem Altstadterhaltungsfonds seit langem über ein wichtiges Instrument zur Pflege des Stadtbildes.

Einerseits erleben wir die Intensivierung der Kulturarbeit in den Bezirken und andererseits kommen die Menschen auch gerne wieder zu großen zentralen Ereignissen, zu Festen und Großveranstaltungen. Die Stadt Wien wird auch weiterhin bemüht sein, bedeutende kulturelle Veranstaltungen zu ermöglichen und damit den Wienern zugänglich zu machen. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (16)

=++++

26 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ein neuer Schwerpunkt wird im kommenden Jahr mit den "Haydn-Tagen" gesetzt. Sie sollen in Zukunft regelmäßig stattfinden und der kontinuierlichen Pflege des Werkes eines unserer größten Komponisten dienen. Neben den "Tagen der Sakralmusik", dem "Musikalischen Sommer", den "Gedenkstättenkonzerten" und den "Schubert-Tagen" bilden sie einen weiteren Fixpunkt im musikalischen Jahresablauf unserer Stadt.

Wien war immer schon eine Stadt des Theaters und der Musik. Seit einigen Jahren haben nun auch die Literatur und die Bildene Kunst im Kulturleben Wiens an Bedeutung zugenommen. Es sind vor allem Veranstaltungen, die die Begegnung zwischen den Künstlern und der Bevölkerung ermöglichen, wie z. B. die "Literatur im März" und die "Literatur für junge Leser", die Aktion "Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" und die "Freie Kunstaussstellung", die Straßengalerie Thaliastraße und Währinger Straße.

Von der Erhaltung des unverwechselbaren Gepräges der Stadt Wien bis zur Möglichkeit neue künstlerische Formen zu entwickeln, vom traditionellen Opern-, Theater- und Konzertbetrieb bis zur Alternativkultur, von den Großveranstaltungen im Stadtzentrum bis zu den vielen kleinen Möglichkeiten kulturellen Lebens in den Bezirken und schließlich vom Teilhaben an einem Kulturereignis bis zur selbständigen kreativen Kulturarbeit spannt sich der Bogen dessen, was Kulturpolitik in Wien ermöglichen will und soll.

Auch in den kommenden Jahren wird die Stadt Wien die Arbeit der Sportvereine und Verbände, die die freien Träger des Breitensports sind, fördern, ohne sich in deren innere Belange einzumengen. Die Zusammenarbeit zwischen Dach- und Fachverbänden einerseits und der Sportverwaltung andererseits soll ausgebaut werden. Der Leistungs- und Spitzensport soll auch deshalb gefördert werden, weil er Vorbildwirkung hat und Motivation für den Breitensport ist. (Forts.)
red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (17)

=++++

27 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die primäre Prävention, zu der auch der Umweltschutz gehört, ebenso wie gesunde Wohnungen, eine befriedigende soziale Situation sowie die Gesundheitserziehung und Gesundheitsinformation, wird generell gefördert werden. Zur sekundären Prävention werden zusammen mit dem Bund und den Sozialversicherungsträgern die Vorsorgeuntersuchungen ausgebaut, die Schuluntersuchungen verbessert und sowohl bei Kindern als auch bei alten Menschen Hör- und Sehtest in verstärktem Maße durchgeführt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die tertiäre Prävention, also Nachsorgeuntersuchungen unter Einbeziehung von Selbsthilfegruppen, gelegt werden.

Wir werden dafür sorgen, daß die Struktur der Krankenbehandlung weiter verbessert wird, wobei der Grundsatz unverändert bleibt, daß der praktische Arzt und er niedergelassene Facharzt die Basis der Krankenversorgung darstellen. Dementsprechend wird die Niederlassung dieser ARZTE in unterversorgten Gebieten der Stadt wie bisher gefördert werden. Wir sind aber auch weiter bereit, alles in unserem Bereich Mögliche zu unternehmen, um den jungen, neu promovierten Ärzten ihre Ausbildung zu ermöglichen. Dazu sollten auch die anderen Bundesländer mehr als bisher beitragen. Wir unterstützen in diesem Rahmen alle Bestrebungen, das Ärztegesetz zu ändern und Lehrpraxen, die es in Wien schon seit Jahren gibt, sowie Fachlehrpraxen, die für die Ausbildungszeit angerechnet werden, einzuführen. Es wird die planmäßige Anpassung der Wiener städtischen Krankenanstalten an die Notwendigkeiten einer optimalen Versorgung der Bevölkerung fortgesetzt, was Hand in Hand mit einer weiteren Verbesserung der Betriebsstruktur gehen muß. Vor allem soll den einzelnen Krankenhäusern mehr Eigenverantwortung übertragen werden. Verstärkte Ausbildung, Erhöhung des Kostenbewußtseins, Straffung der Organisation und Vereinfachung administrativer Wege werden stufenweise die Voraussetzungen zur Schaffung einer auf die Spitäler zugeschnittenen Betriebsform bringen. Dazu ist allerdings beim AKH auch die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung zur Klarstellung der ärztlichen Verantwortlichkeit an den Kliniken nötig.

(Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (18)

=++++

28 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Da nun die Ergebnisse der Volkszählung vorliegen, wird ein neuer Zielplan für die Krankenversorgung ausgearbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Dabei sind die privaten Krankenanstalten ebenso einzubeziehen wie die bundeseinheitlichen Überlegungen im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, die zu einem ganz Österreich erfassenden Krankenanstaltenplan führen sollen.

Der Bau des Allgemeinen Krankenhauses wird fortgeführt.

Die Planung des Krankenhauses im SMZ-Ost wird fortgesetzt und mit dem Bau sofort begonnen, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden können. Um dies zu erreichen, wird es notwendig sein, eine Abgeltung der Hunderte Millionen betragenden Ausgaben der Stadt Wien für Nicht-Wiener-Patienten zu erzielen sowie eine volle Abgeltung des klinischen Mehraufwandes zu erreichen. Dort, wo es auslastungsmäßig möglich ist, werden Stationen oder Abteilungen gesperrt oder bei Bedarf in Pflegestationen oder Stationen für Langzeitbehandlung umgewandelt. Im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds werden die Vertreter der Stadt nicht nur die Interessen der Wiener vertreten, sondern auf eine leistungsorientierte Verteilung der finanziellen Mittel drängen.

Die bereits vielen Kranken zugutekommende und international anerkannte Reform der Psychiatrie wird mit dem Ziel der Integration psychisch Kranker in die Gesellschaft fortgesetzt, wobei wir hoffen, daß der Nationalrat bald das im Entwurf vorliegende Rechtsfürsorgegesetz beschließt, um der Möglichkeit von Mißbräuchen in der Psychiatrie grundsätzlich zu begegnen.

In diesem Rahmen wird selbstverständlich weiterhin alles unternommen, um die Drogensucht zu bekämpfen, wobei die Stadt auf Grund der bestehenden, für Österreich einmaligen Therapiekette naturgemäß das Hauptgewicht auf Prävention und Therapie Drogenabhängiger legt. Dazu gehört auch die Verstärkung des Kampfes gegen den Alkoholismus und den Arzneimittelmisbrauch.

Wien gehört zu den sozialsten Städten der Welt. Dies wurde bei der UNO-Weltversammlung über "Probleme des Alterns" erneut von allen Ausländern bestätigt. Der Grundsatz, daß jeder, der in Not ist, das Recht auf soziale Hilfe hat, ist einer der Eckpfeiler unserer Politik. Es genügen aber heute nicht mehr rein finanzielle Hilfen, sondern es sind viele soziale Dienste notwendig, um Benachteiligten jeder Art, seien sie nur gebrechlich oder schwerstbehindert, alt, einsam oder durch andere Notsituationen aus der Gesellschaft ausgeschlossen, wieder ein würdiges und sinnvolles Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. (Forts.) red/gg

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (19)

=++++

29 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Deshalb werden die sozialen Dienste, wo es notwendig ist, ausgebaut, vor allem noch qualitativ verbessert und laufend an die Bedürfnisse der Menschen angepaßt werden. Da Wien eine Stadt mit sehr vielen alten Bürgern ist, wird die Verbesserung der Pflegeheime sowie der Bau weiterer Pensionistenheime ein vorrangiges Anliegen sein. Für Körperbehinderte werden wir uns bemühen, noch bestehende bauliche Barrieren abzubauen und bei Neubauten öffentlicher Gebäude dafür sorgen, daß derartige Barrieren erst gar nicht geschaffen werden. Besonders wichtig ist die Schaffung von Wohnheimen, Wohngemeinschaften sowie weiterer geschützten Werkstätten in Zusammenarbeit mit dem Bund und privaten Organisationen. Letztere leisten bereits jetzt mit vielen engagierten Menschen in allen Bereichen der sozialen Dienste große Hilfe, wobei die Stadt die Kosten trägt. Diese gute Zusammenarbeit wird fortgesetzt und, wenn möglich, noch ausgebaut werden.

Selbstverständlich gehört zur Sozialhilfe in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch der Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, die vor allem benachteiligte Menschen wie Behinderte oder Kranke zuerst betrifft. Hier werden wir alles unternehmen, um diese Entwicklung durch Information der Betriebe einzudämmen, aber auch neue Modelle von Arbeitstraining schaffen, um die Arbeitslosen vor dem Gefühl der Sinnlosigkeit ihres Lebens zu bewahren und ihren sozialen Abstieg zu verhindern.

Die Stadterneuerung bildet einen der großen Schwerpunkte der Wiener Kommunalpolitik und wird dies auch in den kommenden Jahren - sogar in noch verstärktem Ausmaß - tun. Ich habe aber immer wieder betont, daß Stadterneuerung nicht nur und ausschließlich in der Reparatur alter Häuser bestehen kann. Stadterneuerung ist sehr viel mehr. Sie basiert auf dem grundlegenden Bekenntnis zur Stadt als lebenswerter Umwelt der Menschen. Die Verbesserung der Wohnungen und Häuser selbst gehört deshalb ebenso dazu wie die Gestaltung der Wohnumgebung, die Befreiung der Wohngebiete von Verkehrsbelastungen, die Schaffung verkehrsberuhigter Bereiche und von Grünanlagen, die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel und der Infrastruktur.
(Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (20)

=++++

30 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung ist auch ein Prozeß, der nicht einfach verordnet werden kann. Gerade in den alten Stadtvierteln ist ein Großteil der Häuser in Privatbesitz. Aufgabe der Stadt muß es deshalb sein, private Initiativen zu wecken und zu fördern. Ich bin sicher, daß der überwiegende Teil der Hausbesitzer nicht in das Klischee des ausschließlich gewinnorientierten, skrupellosen Hausherrn paßt, sondern auch die sozialen Dimensionen, die mit dem Besitz eines Miethauses verbunden sind, erkennt. Die öffentliche Hand bietet eine Vielfalt an Förderungsmöglichkeiten, die dem einzelnen Hausbesitzer oder Mieter auch einen finanziellen Anreiz zur Erneuerung und Verbesserung bieten. Oft sind diese Möglichkeiten zu wenig bekannt. Eine intensive Informations- und Aufklärungsarbeit in großem Umfang wird deshalb nötig sein, und ich bin sicher, daß sie bei einem Großteil der Hausbesitzer auf fruchtbaren Boden fallen wird. Wo dies nicht der Fall ist, muß den Mietern eine Durchsetzungsmöglichkeit auf die Inanspruchnahme dieser Förderungen gegeben werden.

Wien hat den Weg der "sanften" Stadterneuerung gewählt. Das heißt, daß die Interessen der Bewohner der Erneuerungsgebiete im Vordergrund stehen, daß der Erhaltung und Verbesserung - wo immer dies sinnvoll ist - der Vorrang vor Abbruch und Neubau gegeben wird. Ich bekenne mich aber dazu, daß die Renovierung alter Häuser kein Allheilmittel in jedem Fall sein kann. Es gibt in Wien eine Vielzahl von alten Zinskasernen, die einfach nicht erhaltungswürdig sind. Im Mittelpunkt der Stadterneuerung darf nicht eine konservative Erhaltungsideologie um jeden Preis stehen, sondern das Bedürfnis der Menschen nach einer zeitgemäßen, menschenwürdigen Wohnungen in einer gesunden und lebenswerten Umwelt. Dies zu erreichen, wird oft auch nur durch den Bau eines neuen Hauses möglich sein.

Der soziale Wohnbau, die öffentliche Wohnbauförderung behalten deshalb unvermindert ihre große Bedeutung. Die öffentliche Hand kann und wird auf ihre gesellschaftliche Verantwortung für die Wohnraumversorgung nicht verzichten. Dies schließt - gerade auch im Lichte von Ereignissen der letzten Zeit - auch den Schutz der Mieter vor Übervorteilung sowie die genaue Kontrolle der Bauträger und rigoroses Vorgehen gegen die wenigen "schwarzen Schafe" unter ihnen ein. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (21)

=++++

31 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich des Wohnungswesens gibt es heuer ein besonderes Jubiläum. Vor sechzig Jahren wurde das erste kommunale Wohnbauprogramm in Wien beschlossen. Wir wollen dieses Jubiläum nicht einfach nur zum Anlaß für eine Feier nehmen, sondern in der Form würdig begehen, daß in- und ausländische Architekten eingeladen werden sollen, im Rahmen eines großen Wettbewerbes Modelle und Formen zeitgemäßen Wohnbaus in einer Großstadt zu entwickeln.

Ein besonderes Problem der Planung stellt beim Bau der künftigen U-Bahn-Linie U 6 die Otto-Wagner-Brücke über das Wiental dar. Ich werde den für die Stadtplanung zuständigen Stadtrat Ing. Fritz Hofmann beauftragen, ein Hearing über diese Frage zu veranstalten, damit sich die verantwortlichen Politiker vor einer endgültigen Entscheidung noch einmal über alle Aspekte dieses Problems - von Denkmalschutz und Stadtgestaltung über die Bautechnik bis zu den Erfordernissen des Umweltschutzes - informieren können.

Ich habe im Wahlkampf mehrmals darauf hingewiesen und bekenne mich auch im Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre dazu: Einer der wichtigen und großen Schwerpunkte unserer Arbeit wird die Umweltpolitik sein. Umweltpolitik ist für uns kein Schlagwort, kein bloßes Modewort, sondern eine konkrete Aufgabe, die eine Summe von Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Luftqualität, des Grüns, des Bodens, des Wassers und der Natur im Interesse der Menschen bedeutet.

Ökonomie und Ökologie sind für uns keine Gegensätze. Beide haben den Menschen zu dienen. Und die Wirtschaftspolitik ist für uns kein Endziel, kein Wort an sich. Steigende Einkommen und allgemeiner Wohlstand sollen mithelfen, dem Menschen mehr Freizeit und damit auch mehr Gelegenheit zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit zu bieten. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (22)

=++++

32 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Wir müssen die Umweltfragen mit Mut und Entschlossenheit angehen. Das gilt für die Frage des Mülls wie für die Frage des Sondermülls und der Klärschlammabeseitigung. Und deshalb bekenne ich mich ausdrücklich zur Kläranlage, zur Idee der EBS und zu neuen Wegen in der Müllentsorgung. Ich weiß schon daß es hier in der Öffentlichkeit eine unpädagogische Ungerechtigkeit gibt. Alle Gemeinden, die nichts unternommen haben, die ihre Müllprobleme nicht lösen und die zulassen, daß gefährliche Abfälle und Giftstoffe heimlich, still und leise in den Boden und die Flüsse geleert werden, werden nicht angeprangert, während Wien, das auf diesem Gebiet pionierhaft für ganz Österreich Lösungen versuchte, kritisiert wurde, weil diese Lösungen nicht im ersten Anlauf hundertprozentig funktionierten. Die Kritik wird uns nicht entmutigen. Wir bekennen uns zu dieser großen Aufgabe und wir werden auch dafür sorgen, daß sie bestmöglich gelöst wird. Wien ist eine der grünsten Großstädte Europas - ja vielleicht sogar der Welt. Lobau, Prater, Laaerwald, Donauinsel, Kurpark Oberlaa, die Stadtwanderwege und das Parkerneuerungsprogramm sind nur einige Beispiele hierfür. Während andere die Fragen stellen, ob das Grün dem Beton weichen muß, hat Wien schon die Antwort gegeben: Unsere Stadt ist in den letzten Jahren noch grüner geworden. Es gibt tausende Alleebäume mehr, mehr Kleingärten, der Wald- und Wiesengürtel ist größer geworden, es gibt zwei Millionen neue Bäume, Rasenfreiheit und grün bewachsene Mauern, neue Vogelschutzgebiete, große neue Erholungsgebiete und mehr Grün auch in den dicht verbauten Gebieten. Bei aller Notwendigkeit von Konservierungs- und Erhaltungsmaßnahmen zeigt sich schon an diesen Beispielen, daß Grünpolitik in der Großstadt vor allem eine Gestaltungsaufgabe ist. Bloß Bestehendes zu erhalten hätte in Wien geheißen, daß der Donaupark nicht bestünde und auch nicht der Kur- und Erholungspark Oberlaa. Anstelle des Grüns für tausende Wiener gäbe es noch immer eine wilde Deponie und auch die großartige Erholungsfläche des Laaerwaldes, die sich heute als Naturschutzgebiet darstellt, ist in dreißigjähriger Arbeit neu geschaffen worden. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Bratz (23)

=++++

33 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Wir werden in den nächsten fünf Jahren die erfolgreiche Wiener Grünpolitik fortsetzen und 80 Kilometer neue Alleen schaffen und auch ein Erneuerungsprogramm für alte Alleen durchführen, pro Jahr werden zehntausend neue Alleebäume gesetzt werden. Das Parkerneuerungsprogramm wird ebenfalls fortgesetzt werden, die Sanierung von Innenhöfen und die Hilfe bei ihrer Begrünung wie auch Grünmaßnahmen bei der Stadterneuerung insgesamt werden verstärkt werden. Um der Bedeutung des Wienerwaldes Rechnung zu tragen und wilde Siedlungen zu verhindern, wird der Wienerwald unter Verfassungsschutz gestellt. Die Donauinsel wird fertiggestellt werden und am Rechten Ufer wird ein kilometerlanger Großpark mit entsprechenden Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden. Wien wird auch in den kommenden Jahren ein Beispiel dafür geben, wieviel Natur in einer Stadt geschaffen und erhalten werden kann. Wir wissen, daß dies viel Arbeit und große Investitionen bedeutet. Die Natur in der Stadt muß geplant, finanziert, gepflanzt, geschützt und gepflegt werden. Wir bekennen uns zu den großen Ausgaben für das Grün in unserer Stadt - im Interesse der Menschen, ihres Wohnens, ihrer Freizeit, ihres Lebens.

Das neue umfassende Umweltressort wird die Voraussetzung dafür liefern, daß die Umweltaufgaben in Wien aus einer Gesamtschau heraus und zusammenhängend gelöst werden können. Hierzu wird ein Mechanismus kommen, der es der Umweltabteilung ermöglicht, zu allen umweltrelevanten Maßnahmen der Stadt Stellung zu beziehen. Diese Mitsprachemöglichkeit, die in der Öffentlichkeit als Umweltveto bezeichnet wurde, wird garantieren, daß neben allen wirtschaftlichen, planerischen und gestalterischen Aspekten auch der Umweltgesichtspunkt nicht zu kurz kommt. Für den Fall, daß einer Umweltanregung nicht Rechnung getragen wird, behalte ich selbst mir in Zusammenarbeit mit den betroffenen Stadträten eine endgültige Entscheidung vor. (Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (24)

=++++

34 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Wort auch zur Feuerwehr:
Die Wiener Feuerwehr zählt zu den besten der Welt. Mehr als 23.400 mal mußte sie im vergangenen Jahr ausrücken. Das bedeutet einen Schnitt von 64,2 Einsätze pro Tag. Aber nicht einmal ein Viertel der Einsätze galt dabei der Brandbekämpfung. Die Feuerwehr wird auch dann gerufen, wenn es darum geht, die Bevölkerung bei Hochwasserkatastrophen zu schützen, die Versorgung und den öffentlichen Verkehr bei Sturm aufrecht zu erhalten, oder Personen und Tiere zu befreien. Wir werden in den kommenden fünf Jahren die Schlagkraft der Wiener Feuerwehr weiter erhöhen. Um für Katastrophenfälle möglichst gut gerüstet zu sein, wird das 1973 begonnene Programm der Erneuerung des Fuhrparkes im genauen Zeitplan fortgeführt werden. Die Erneuerung der Nachrichtenanlagen der Feuerwehr und die Sanierung einzelner Wachen gehören ebenso zu unserem Vorhaben, wie das Bemühen, den Männern der Wiener Feuerwehr stets die optimale Ausbildung und die modernsten Einsatzgeräte zu ermöglichen. Neu bei dieser Geschäftsgruppe ist aber auch der Bürgerdienst.

Die Information der Bürger über das Geschehen in Wien wird als Voraussetzung für eine verstärkte Mitbestimmung intensiviert werden. aus dieser Überlegung heraus, wird auch der Bürgerdienst in Zukunft weit stärker mit der Informationsarbeit verknüpft werden. Informations- und Bürgerdienst sind als Hilfestellung für den einzelnen Bürger gedacht, als Beratung, als Hilfe bei Ämtern, als Chance zur Mitgestaltung und Mitbestimmung. Ich bekenne mich zur laufenden Verbesserung der Verwaltung Wiens im Sinne eines bürgernahen Service. Bürgerfreundliche Öffnungszeiten, hilfsbereite Beamte und verständliche Formulare erleichtern die Benützung öffentlicher Einrichtungen. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (25)

=++++

35 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich möchte mich im Zusammenhang mit diesem Ressort gleich zu Beginn gegen das böse Schlagwort vom Zubetonieren verwehren. Bei allen Bauwerken der vergangenen dreißig Jahre wäre ohne die schöpferische Kraft der Architekten und Ingenieure und ohne den unermüdlichen Einsatz der Bauarbeiter nie jenes schöne Wien entstanden, auf das wir heute so stolz sind. Nicht planlos, sondern entsprechend dem Stadtentwicklungsplan werden wir alle die notwendigen Wohnhäuser, Sozialbauten, Krankenhäuser und Schulen errichten, die die Wiener zum Wohnen, zur Arbeit, zur Bildung und Freizeit brauchen.

Beim Straßenbau wird es unser Ziel sein, die nötigen Verkehrsströme, besonders den Durchzugsverkehr, von den Wohngebieten abzuleiten. Was einerseits durch Baumaßnahmen wie Tunnelbauten oder Entlastungsstraßen geschehen kann, andererseits aber auch durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen.

Im Bereich der Verkehrsorganisation bleiben die Schwerpunkte auch in Zukunft

- die Erhöhung der Verkehrssicherheit,
- die Entlastung der Wohngebiete vom Lärm und von den Abgasen des Verkehrs,
- der weitere Ausbau der Bereiche für Fußgänger und Radfahrer
- sowie die konsequente Realisierung des Park-and-Ride-Konzeptes.

Die Grundlage der weiteren Arbeit auf diesem Gebiet bleibt die Zielsetzung, ein vernünftiges Nebeneinander und Miteinander der verschiedenen Verkehrsmittel zu erreichen, wobei dem öffentlichen Verkehr eindeutig der Vorrang gesichert werden muß, weil er - im Vergleich zur benötigten Verkehrsfläche und zum Energieaufwand - am leistungsfähigsten ist und zugleich die größte Sicherheit garantiert.
(Forts.) red/gg

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (26)

=++++

36 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Wien bekennt sich zum öffentlichen Verkehr. Das Auto soll auch weiterhin seinen Platz in Wien haben, der Vorrang gebührt allerdings den öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Fahrgastzuwachs bei den öffentlichen Verkehrsmitteln hält erfreulicherweise unvermindert an. Die Wiener Verkehrsbetriebe verzeichneten im Jahr 1982 534 Millionen Beförderungen - um 78,7 Millionen oder um 17,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit der U-Bahn, dem Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn, dem Ausbau des Netzes der öffentlichen Verkehrsmittel und anderen Maßnahmen hat Wien den öffentlichen Verkehr wesentlich attraktiver gemacht. Diese Politik gilt es fortzusetzen, denn von der Schnelligkeit und der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel hängt es ab, ob und in welchem Ausmaß die Autofahrer zum "Umsteigen" veranlaßt werden können.

Zu den wichtigsten Vorhaben in naher Zukunft gehören:

- der forcierte weitere Ausbau des U-Bahn-Netzes (Linien U 3 und U 6)
- die Realisierung des Verkehrsverbundes Ost-Region ab Sommer 1984
- die Beschleunigung bestehender Straßenbahn- und Autobuslinien
- die Ausdehnung und Verdichtung des Liniennetzes
- die weitere Intensivierung des Kunden- und Informationsdienstes

In diesem Zusammenhang seien auch besonders die im Bau befindlichen Schnellbahnlinien, also die Flughafenschnellbahn und die Vorortelinie erwähnt. Die Anfang April 1983 dem zuständigen Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie vorgelegte Neufassung des Energiekonzeptes formuliert folgende Hauptziele der Energiepolitik in Wien:

- Sicherung einer ausreichenden, umweltverträglichen und wirtschaftlich effizienten Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft.
- Rationelle und sorgsame Nutzung der Energie bei der Gewinnung, bei der Umwandlung und beim Verbrauch.
- Ersetzung von Mineralöl durch andere Energieträger.
- Vermehrte Deckung des Wärmebedarfes durch die leitungsgebundenen Energieträger Fernwärme, Erdgas und Strom.

(Forts.) red/gg

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (27)

=++++

37 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL)

- Zunehmender Einsatz neuer Energien - zum Beispiel Sonnenenergie - und neuer energiesparender Technologien.
- Verringerung der Importabhängigkeit durch eine möglichst breite Streuung der Energieträger und der Bezugsquellen sowie durch eine entsprechende Krisenbevorratung für den Fall von Lieferunterbrechungen.
- Umweltverträgliche Energienutzung.
- Intensive Zusammenarbeit und ständige Abstimmung von Energieversorgungsplanung, Stadtplanung und Umweltschutz.

Dazu wird als wichtigste Aufgabe die Koordinierung der gesamten Wiener Energiepolitik notwendig sein, das heißt, daß E-Wirtschaft, Gas-Versorgung und Fernwärmeversorgung unter einer politischen Verantwortung in ein Gesamtkonzept eingebunden sein werden.

Zur Deckung des auch in Zukunft wachsenden Strombedarfs ist geplant:

- Wien wird in größerem Ausmaß Verbundstrom beziehen und sich an den Donaukraftwerken beteiligen sowie die Wärmeabgabe von den Kraftwerken intensivieren.
- Das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wird bis 1987/88 mit einer Kraft-Wärme-Kupplung ausgestattet.
- Bis etwa 1989/90 ist die Errichtung eines weiteren Blockkraftwerkes voraussichtlich auf dem Gelände des Kraftwerkes Donaustadt vorgesehen.
- Das 380-KV-Höchstspannungsnetz wird zu einem Ringnetz ausgebaut.

Auch der Erdgasverbrauch wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Ab 1984 werden die Wiener Stadtwerke gemäß einem vierten Vertrag mit der Sowjetunion zusätzlich russisches Erdgas beziehen, sodaß die Versorgung gesichert ist. Trotzdem werden aber die Bemühungen um den Bezug von Erdgas auch aus anderen Quellen - zum Beispiel Nordsee oder Algerien - fortgesetzt.

Der Ausbau der Fernwärme wird intensiviert. Alle sich bietenden Möglichkeiten zur Nutzung dieser umweltfreundlichen Energie sollen ausgeschöpft werden.

(Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (28)

=++++

38 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Neue Kraft-Wärme-Kupplungsanlagen in den Kraftwerken Leopoldau und Donaustadt.
- Einbindung von sogenannten "Inselnetzen" in das Fernwärmeverbundnetz, um ölbefeuerte Heizwerke durch Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kupplungen und Müllverbrennungsanlagen zu ersetzen.
- Im Südwesten und Westen von Wien, in Döbling, in Floridsdorf und Erdberg, sollen neue Fernwärmegebiete erschlossen werden.
- Durch Anschluß zentralbeheizter Gebäude an bestehende Fernwärmeleitungen wird eine Verdichtung der Fernwärmeabgabe erfolgen.
- Eine weitere Anschlußverdichtung soll durch nachträglichen Einbau von Zentralheizungen in Wohnhäuser und deren Anschluß an das Fernwärmenetz erreicht werden.
- Die Bemühungen der Heizbetriebe und der Stadtverwaltung um eine weitere Nutzung von industrieller Abwärme für die Fernwärmeversorgung - wie bei der Ottakringer Brauerei - werden fortgesetzt.

Gerade im Energiebereich können viele Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt gesetzt werden,

- durch die Verlagerung der Fernwärmeerzeugung vom Ölkessel zur Kraft-Wärme-Kupplung,
- durch den bevorzugten Einsatz des umweltfreundlichen Erdgases,
- durch optimale Entschwefelung in neuen Kraftwerken und durch Stilllegung der alten Blockkraftwerke,
- durch Reduzierung der Einzelfeuerungen.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, die gesamten Schwefeldioxid-Emissionen in Wien bis Anfang der Neunziger Jahre auf rund ein Drittel des Wertes von 1980 zu senken.

Um das Energiekonzept realisieren zu können, werden in den nächsten zehn Jahren etwa 29 Milliarden Schilling an Investitionen notwendig sein. Der Hauptanteil entfällt dabei auf die E-Werke.

Der Wiener Gemeinderat ist der für die Kommunalpolitik bestimmende Faktor unserer Stadt.

Es ist aber keine Abwertung des Gemeinderates, wenn ich sage, daß es für die Formulierung unserer Ziele und für die tägliche Arbeit unerlässlich ist, Kontakte mit dem vielfältigen gesellschaftlichen und geistigen Leben zu halten das sich in unserer Stadt abspielt. Das bedeutet gute Kontakte und verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften, ebenso wie mit Sozialpartnern und gesetzlichen und freien Interessenvertretungen. (Forts.) red/ap

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (29)

=++++

39 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Ich möchte ausdrücklich hervorheben, daß dies nicht nur berufliche Interessenvertretungen, sondern auch jene des Bildungswesens, der Kultur und des Sports betrifft. Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß, obwohl die Wiener Universitäten kompetenzmäßig ausschließlich Bundessache sind, diese Hohen Schulen dennoch einen geistigen Faktor darstellen, der aus Wien nicht wegzudenken wäre, ohne es viel ärmer zu machen. Daraus ergibt sich notwendigerweise über Zuständigkeitsgrenzen hinweg eine enge und verständnisvolle Kooperation mit den Universitäten und Hochschulen Wiens.

Es klingt wie eine Banalität, wenn ich sage, daß Wien nicht isoliert lebt, sondern ein Teil der Republik Österreich ist, sowie auch ein Teil Europas und der Welt. Aber auch aus dieser scheinbaren Banalität ergeben sich für die Politiker der Stadt Wien ganz konkrete Konsequenzen.

Wien wird Wert legen auf eine gute kooperative Zusammenarbeit mit den anderen acht Bundesländern. Bei aller Unterschiedlichkeit der Probleme hat sich doch gezeigt, daß die Zusammenarbeit in Sachfragen im Rahmen der Landeshauptmännerkonferenz und der übrigen Gremien der Bundesländerzusammenarbeit zwar mühsam, aber gut und fruchtbringend war. Ich werde persönlich alles tun, um die Zusammenarbeit in diesem Sinne fortzusetzen und entbiete von dieser Stelle aus den übrigen acht Bundesländern meinen herzlichen Gruß.

Der Städtebund als wertvolles Instrument der Zusammenarbeit der größeren Städte und Gemeinden Österreichs wird weiterhin von Wien gefördert und die Zusammenarbeit angestrebt werden. Gerade die oft von der Öffentlichkeit unbemerkt arbeitenden Fachausschüsse und Gremien des Städtebundes geben allen Städten und Gemeinden wertvolle Hilfe bei der Bewältigung ihrer Aufgaben - ebenso wie die gemeinsame Vertretung der Interessen insbesondere bei Finanzausgleichsverhandlungen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Schließlich ist die verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Bundesregierung ebenso unerlässlich wie die Hilfe der Bundesgesetzgebung für die Bewältigung der städtischen Aufgaben. Ich bin überzeugt, daß das Verständnis der Bundesregierung und ihrer Mitglieder für die Probleme Wiens auch in der kommenden Arbeitsperiode vorhanden sein wird.

(Forts.) red/ap

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (30)

=++++

40 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Schließlich noch ein Wort zur internationalen Zusammenarbeit: die Ausländerkontakte der Wiener Stadtverwaltung, zum Großteil gemeinsam mit dem Fremdenverkehrsverband und der Wiener Handelskammer, haben nicht nur dazu geführt, daß der Wiener Fremdenverkehr eine positive Bilanz ziehen konnte, sondern auch bei der Anknüpfung von Wirtschaftskontakten großer und kleiner Wiener Unternehmungen wertvolle Hilfe geleistet. Ein weiterer Aspekt darf nicht übersehen werden, auch wenn man bei ihm keine Kosten-Nutzen-Rechnung anstellen könnte. Gerade eine Stadt, in der sich viele Bewohner dankbar an die uneigennützigte Hilfe ausländischer Städte in den Nachkriegsjahren erinnern, muß nunmehr aus einer Situation als Hauptstadt eines neutralen und international geachteten Staates, aus einer Situation ohne Not und Elend das Ihre tun, um anderen, weniger glücklichen Städten dieser Welt ideell und materiell zu helfen. Ich empfinde das ebenso als moralische Verpflichtung wie als auch eine Maßnahme, die letztlich das Ansehen unserer Stadt in der Welt stärkt. Wir können alle stolz sein auf den Stellenwert unserer Stadt im internationalen Leben. Wien ist eine weltoffene Stadt mit anerkannter Lebensqualität, in der sich nicht nur internationale Organisationen, sondern auch viele nichtstaatliche übernationale Organisationen angesiedelt haben und ansiedeln, die als Treffpunkt für große und kleine staatliche und private Kongresse dient. Daraus und aus der geografischen Lage unserer Stadt ergibt sich, daß ein Eintreten für Frieden und Entspannung, für internationale Zusammenarbeit anstelle von Konflikten für Wien nicht nur eine grundsätzliche moralische, sondern geradezu eine Existenzfrage ist. Ein Wien, wie es viele nach dem Krieg erlebt haben, 60 km von einer undurchdringlichen Grenze entfernt und praktisch das Ende einer Sackgasse Westeuropas, das wäre ein Wien ohne jenes internationale Leben, das sosehr das wirtschaftliche, kulturelle und geistige Klima Wiens positiv beeinflußt. Daher wollen wir mit aller Leidenschaft und Zähigkeit, deren wir fähig sind, für Frieden und Entspannung und damit gleichzeitig für unsere Stadt eintreten, für eine Stadt inmitten eines Europas mit offenen Grenzen für Menschen, für Ideen und für Güter. (Forts.) red/ap

NNNN

Antrittsrede von Bürgermeister Gratz (31)

=++++

41 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Das waren einige trotz der Länge der Rede sicher unvollständige Ausführungen zur der Arbeit in den nächsten fünf Jahren.

Das Maß, in dem wir in fünf Jahren gemessen werden, werden nicht meine Rede und nicht die anderen Reden des heutigen Tages sein, sondern die Leistungen der nächsten fünf Jahre. Ich will im Namen der amtsführenden Stadträte und persönlich abschließend nur eines bekräftigen: Wir werden alle unsere Arbeitskraft, all unser Wissen und alle unsere Überzeugung dafür einsetzen, im Interesse aller Wiener gemeinsam mit ihnen unsere Stadt wieder ein Stück schöner, ein Stück menschlicher und ein Stück lebenswerter zu machen. Die Arbeit leisten wir nicht als Formalverpflichtung, sondern aus dem Glauben an unsere Stadt und aus der Liebe zu unserer Stadt Wien."
(Schluß) red/ap

NNNN

Veitschi - eine begehrte Pflanze

=++++

2 Wien, 27.5. (RK-LOKAL) Sie gingen buchstäblich weg wie die warmen Semmeln, die 2000 Veitschi und 1500 Efeu, die Donnerstagabend vom Stadtgartenamt auf dem Stock-im-Eisen-Platz gratis verteilt wurden. Bereits mehr als eine Stunde vor der von Grünstadtrat Peter SCHIEDER gestarteten Veitschi-Aktion stellten sich die ersten Grünfreunde an, um auch tatsächlich eine der Mauerkatzen zu ergattern.

Für Unterhaltung sorgte dabei das Wiener Stadtradio, das vor der Veitschi-Aktion den 1. Straßenmusikantenwettbewerb durchführte. Die Mitarbeiter von Welle Wien sowie Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien hatten Musikantengruppen, die in der Fußgängerzone Kärntner Straße spielen, schon einige Tage vorher zum Wettbewerb eingeladen. Der Bewerb selbst wurde vom Stadtradio live übertragen. Eine Jury, zu der u.a. die Rocksängerin Stefanie Werger gehörte, wählte dann die beste Gruppe aus, die die Chance erhält, beim Tag der Offenen Tür im Rathaus aufzutreten. (Schluß)
hs/ko

NNNN

Gratz kündigt internationalen Wohnbauwettbewerb an

=++++

15 #Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen seiner Antrittsrede vor dem Wiener Gemeinderat kündigte Bürgermeister Leopold GRATZ einen großen internationalen Wettbewerb an. Es sollen in- und ausländische Architekten eingeladen werden, im Rahmen dieses Wettbewerbes Modelle und Formen für einen zeitgemäßen Wohnbau in der Großstadt zu entwickeln.#

Anlaß zu diesem Wettbewerb ist ein Jubiläum des kommunalen Wohnbaues in diesem Jahr. Vor 60 Jahren wurde nämlich das erste kommunale Wohnbauprogramm in Wien beschlossen. "Wir wollen dieses Jubiläum nicht einfach nur zum Anlaß für eine Feier nehmen, betonte GRATZ, sondern in einer würdigen Form durch diesen internationalen Wettbewerb begehen."

Zwtl.: Hearing über Otto-Wagner Brücke

Ferner kündigte der Wiener Bürgermeister in seiner Antrittsrede auch ein Hearing über die Frage der Otto-Wagner-Brücke über das Wiental an. GRATZ wird den für die Stadtplanung zuständigen Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN damit beauftragen. Das Hearing soll Gelegenheit geben, vor einer endgültigen Entscheidung noch einmal alle Aspekte des Problems der Otto-Wagner-Brücke - vom Denkmalschutz und Stadtgestaltung über die Bautechnik bis zu den Erfordernissen des Umweltschutzes - zu erörtern. (Schluß) pr/ko

NNNN

Konstituierende Sitzung des Wiener Stadtsenates

=++++

5 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) In der konstituierenden Sitzung des Wiener Stadtsenates, die Freitag nach den im Gemeinderat erfolgten Wahlen stattfand, begrüßte Bürgermeister Leopold GRATZ besonders die neugewählten Mitglieder. Einziger Tagesordnungspunkt war die Nominierung der Amtsführenden Stadträte. Dazu stellte Bürgermeister Gratz den entsprechenden Antrag.

ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK deponierte, daß aus Verfassungssicht seiner Partei ein anderer Standpunkt eingenommen werde. Daher sei die ÖVP nicht in der Lage, dem Antrag des Bürgermeisters zuzustimmen.

Der Vorschlag über die Amtsführenden Stadträte wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die erste Geschäftssitzung des Wiener Stadtsenates findet kommenden Dienstag, den 31. Mai, um 9.30 Uhr statt. (Schluß) pr/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Konstituierende Sitzung

=++++

3 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ trat Freitag der neugewählte Wiener Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Angeführt von Bürgermeister Gratz zogen die Gemeinderäte fraktionsweise - SPÖ, ÖVP und FPÖ - ein. Die Gemeinderäte der SPÖ waren mit roten Nelken, die der ÖVP mit weißen Nelken erschienen. Nach der Bestellung der Gemeinderäte ROSENBERGER (SPÖ) und Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) zu provisorischen Schriftführern, wurde die Angelobung der Gemeinderatsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge vorgenommen. Anschließend dankte Bürgermeister Gratz allen ausgeschiedenen Gemeinderäten für ihre Tätigkeit.

Laut Stadtverfassung entfallen vier der sechs Gemeinderatsvorsitzenden auf die SPÖ. Der Vorschlag der sozialistischen Partei laute auf Leopold MAYRHOFER (1. Stelle), Ing. Walter HOFSTETTER (3. Stelle), Margarete TISCHLER (4. Stelle), Prof. Rudolf WIESINGER (6. Stelle). Der Vorschlag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Von der österreichischen Volkspartei wurden vorgeschlagen: Josef ARTHOLD (2. Stelle) und Leopold SCHNEIDER (5. Stelle). Auch dieser Vorschlag wurde von SPÖ und ÖVP angenommen.

Nach dieser Wahl ersuchte Bürgermeister Gratz den an 1. Stelle gewählten Vorsitzenden, GR MAYRHOFER, den Vorsitz zu übernehmen.
(Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Konstituierende Sitzung

=++++

4 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Für die sechs auf die SPÖ entfallenen Schriftführer nominierte die Sozialistische Partei die Gemeinderäte Eveline ANDRLIK, Hans BROSC, Maria KUHN, Albert HOLUB, Franz ROSENBERGER und Elisabeth SCHINDLER.

ABSTIMMUNG: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die österreichische Volkspartei nominierte die Gemeinderäte Dr. Marilies FLEMMING, Ing. Otto KREINER und Dr. Wolfgang PETRIK.

ABSTIMMUNG: Von SPÖ und ÖVP angenommen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Wahl des Bürgermeisters

=++++

11 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Anschließend wurde mittels Stimmzettels die Wahl des Bürgermeisters durchgeführt. Als Wahlprüfer wurden die Gemeinderäte HIRSCH (SPÖ), PELZELMAYER (ÖVP) und Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nominiert.

Das Wahlergebnis lautete: Abgegebene Stimmen: 99 (GR Jedletzberger, ÖVP, ist erkrankt), davon ungültig, weil leer: 38. Die 61 gültigen Stimmen entfielen alle auf Leopold GRATZ. Der Bürgermeister erklärte, die Wahl anzunehmen. Anschließend leistete Gratz das Gelöbnis.

Zwtl.: Wahl der Stadträte

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde die Zahl der Stadträte einstimmig mit 14 festgesetzt. Neun Stadträte entfallen auf die Sozialistische Partei, fünf auf die österreichische Volkspartei.

Anschließend wurde mittels Stimmzettels die Wahl der sozialistischen Stadträte durchgeführt. Mit 61 gültigen von 99 abgegebenen Stimmen wurden folgende Stadträte der SPÖ gewählt: Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, Johann HATZL, Ing. Fritz HOFMANN, Hans MAYR, Franz MRKVICKA, Roman RAUTNER, Peter SCHIEDER, Friederike SEIDL und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER.

Mit 36 gültigen von 99 abgegebenen Stimmen wurden die Stadträte der ÖVP gewählt: Dr. Erhard BUSEK, Anton FÜRST, Maria HAMPEL-FUCHS, Dr. Jörg MAUTHE und Wilhelm NEUSSER.

Alle Stadträte erklärten die Wahl anzunehmen und leisteten anschließend das Gelöbnis. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Wahl der Vizebürgermeister

=++++

12 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Anschließend folgte mittels Stimmzettels die Wahl der beiden Vizebürgermeister. Von der Sozialistischen Partei wurde Stadtrat Gertrude FRÖHLICH-SANDNER vorgeschlagen und mit 61 gültigen von 99 abgegebenen Stimmen zum Vizebürgermeister gewählt. Von der österreichischen Volkspartei wurde Dr. Erhard BUSEK nominiert und mit 36 gültigen von 99 abgegebenen Stimmen gewählt. Die beiden Vizebürgermeister erklärten, die Wahl anzunehmen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Wahl der Verwaltungsgruppen und der Amtsführenden Stadträte
=++++

46 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Als nächstes wurden die Verwaltungsgruppen bestimmt und die Amtsführenden Stadträte gewählt. Dazwischen fand die konstituierende Sitzung des Stadtsenates statt (siehe eigene RK).

Mit den Stimmen der SPÖ wurde im Gemeinderat beschlossen, daß folgenden Ressorts folgende Stadträte vorstehen:

Verwaltungsgruppe "Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz": Stadtrat Friederike SEIDL;

Verwaltungsgruppe "Finanzen und Wirtschaftspolitik": Stadtrat Hans MAYR;

Verwaltungsgruppe "Bildung, Jugend und Familie": Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER;

Verwaltungsgruppe "Kultur und Sport": Stadtrat Franz MRKVICKA;

Verwaltungsgruppe "Gesundheit und Soziales": Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER;

Verwaltungsgruppe "Stadtentwicklung und Stadterneuerung": Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN;

Verwaltungsgruppe "Umwelt und Bürgerdienst": Stadtrat Peter SCHIEDER;

Verwaltungsgruppe "Bauten": Stadtrat Roman RAUTNER;

Verwaltungsgruppe "Verkehr und Energie": Stadtrat Johann HATZL

Zwtl.: Wahl der Gemeinderatsausschüsse

Anschließend wurde einstimmig beschlossen, daß je Verwaltungsgruppe ein Gemeinderatsausschuß eingesetzt werden soll. Die Zahl der Mitglieder eines Gemeinderatsausschusses wurde einstimmig mit 14 festgelegt. Davon entfallen neun Mitglieder auf die SPÖ und fünf auf die ÖVP. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Kontrollausschuß und Beteiligungskommission

=++++

47 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Mitglieder des Kontrollausschusses wurde einstimmig mit 15 festgelegt. Neun Mitglieder entfallen auf die SPÖ, fünf auf die ÖVP und ein Mitglied auf die FPÖ.

Daraufhin wurden einstimmig die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse gewählt.

Die Zahl der Mitglieder der Beteiligungskommission wurde einstimmig mit 15 festgelegt. Die Wahl der Mitglieder erfolgte ebenfalls einstimmig.

In einer Ergänzungswahl wurden drei neue Mitglieder einstimmig in die gemeinderätliche Personalkommission gewählt.

Anschließend ergriff Bürgermeister GRATZ das Wort zu seiner Antrittsrede (siehe eigene RK). (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

49 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK (ÖVP) schloß sich dem Dank von Bürgermeister Leopold GRATZ an die ausgeschiedenen Mitglieder des Wiener Stadtsenates an.

Zur Erklärung von Bürgermeister GRATZ betonte BUSEK, daß in dieser Rede nichts davon gesagt worden sei, welche Ziele NICHT erreicht wurden. Es fehle ihm ein Wort an die Jugend dieser Stadt, sagte BUSEK. "Wenn wir die Jugend einbeziehen wollen in die Mitwirkung und Mitgestaltung, dann müssen wir ihr auch ehrlich und ungeschminkt sagen, was ihr bevorsteht." Außerdem fehlten ihm - Busek - neue Denkansätze und neue Methoden in der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik. "Wenn eine Politik nicht mehr zu bieten hat, als höhere Steuern, noch mehr Schulden und noch mehr staatliche Bevormundung - dann ist das eine schlechte Politik." Weiter vermisse er eine Stellungnahme des Wiener Bürgermeisters zum Legitimationszwang der Sparbücher beziehungsweise der Sparbuchsteuer, die vor allem die älteren Mitbürger betreffe.

Es sei jetzt Zeit, jenseits aller Wahlkampfhektik, über Einsparungen seriös zu reden und laut nachzudenken. Außerdem werde es notwendig sein, die Bürokratie zu vereinfachen und zugänglicher zu machen. "Jeder Wiener soll mitbestimmen, was in seiner Stadt geschieht, müßte daher sinnvoller Weise das Motto der nächsten Jahre sein. Wir brauchen den Ausbau der Bürgerrechte und mehr Kompetenzen für die Bezirke, um den Wiener die Chance des Mitarbeitens zu bieten und vor allem die jungen Menschen für konkrete Probleme zur Mitarbeit zu gewinnen."

Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Veränderung, sagte Busek, in der der Kultur ein neuartiger Wert zugewiesen wird. Die Menschen entdecken die Kultur als Selbstwert, als Lebens-Sinn. Daher genügt es nicht, die Kultur einer Magistratsabteilung zuzuweisen. "Wenn eine Stadt Kulturstadt sein will, muß sie alle ihre Ressorts der Kultur öffnen." (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

50 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Als neuen Aspekt in die Wiener Kommunalpolitik brachte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK den Begriff "Stadttaußenpolitik" ein. Für eine Stadt wie Wien gibt es Ebenen, um die unterschiedlichen Systeme in Ost und West zu überwinden. Wien könnte Initiativen fördern. Das ist eine andere Stadttaußenpolitik als nur gegenseitige Besuche. "Stadttaußenpolitik ist eine Chance, gerade am Beispiel der Gastarbeiterfrage, eine Stadttinnenpolitik zu machen. Dazu braucht es Mut."

Als erfreulich bezeichnete es Busek, daß es beim Problem Umwelt keinen Streit mehr gebe. Über die Notwendigkeit der Reparatur vom Umweltschäden besteht ein Konsens. Lediglich über das Ausmaß und die Dringlichkeit gibt es unterschiedliche Meinungen. Die Wiener ÖVP fordert daher, die Rettung des Wienerwaldes, saubere Luft zum Atmen, reines Wasser zum Trinken und eine Lösung des Müllproblems. "Wir verlangen das Müllkonzept, das bis Juni 1983 versprochen wurde," betonte Busek. Weiter fordere die ÖVP den Verzicht auf alle Stadtautobahnprojekte in Wohngebieten und im Grünland. Leider seien die sogenannten Investitionen im Bereich der Infrastruktur seit Jahren vernachlässigt worden.

Zur Arbeitsplatzsicherung schlug Busek die "Großbaustelle der tausend Kleinbaustellen" vor. Die Stadtreparatur, die nicht nur eine Häuserreparatur ist, bleibt auch in den nächsten Jahren die wichtigste Aufgabe der Wiener Kommunalpolitik. "Es geht um die Verbesserung des Althausbestandes, die Schaffung modernen Wohnraums, um die Qualität der Stadt und um die Verbesserung der städtischen Lebensbedingungen." Ein Schwerpunkt der Stadtpolitik müsse in den nächsten Jahren eindeutig auf der Stadtreparatur liegen. Dafür sei ein Organisations- und Finanzierungskonzept nötig. Zusätzliche Mittel für die Stadtreparatur müssen erschlossen werden. (Forts.)

fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

51 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die natürliche und organische Einbeziehung des Bürgers in die Gestaltungsprozesse der Stadt bezeichnete Busek als nötig. Dies dürfe nicht als Abschieben der Verantwortung mißverstanden werden.

Busek verwies darauf, daß die Stadterneuerung auch eine soziale Komponente beinhalte. Es dürfe nicht auf den Menschen und dessen Bedürfnisse vergessen werden. Die Preise für Sozialwohnungen seien bereits so hoch, daß unzählige Familien unschuldig in Not geraten. Gleichzeitig forderte Busek ein Objektivierungssystem bei der Wohnungsvergabe. Die Krise des sozialen Wohnbaues, meinte Busek, ist ein sichtbares Symptom für die Krise, in der sich der Sozialismus befinde. Die neue Armut könne von der Wohlfahrtsadministration nicht bewältigt werden.

Er sei froh darüber, sagte Busek weiter, daß die FPÖ nicht aus dem Gemeinderat ausgeschieden sei. Unter Hinweis auf die Rot-Blau-Koalition auf Bundesebene, meinte Busek, daß die Volkspartei nun die alleinige Opposition darstelle.

"Die neue Stadtregierung, die das von Bürgermeister Leopold Gratz repräsentierte Regierungsprogramm zu exekutieren hat, ist über den Verdacht erhaben, unkonventionell auf neuen Wegen zu wandeln und andere Lösungsansätze für die alten und neuen Probleme zu finden", sagte Busek und betonte, daß die Volkspartei für eine fruchtbare Diskussion zu den drängenden neuen Fragen der Politik bereit sei.

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

52 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die SPö hat einen klaren Auftrag für die Führung in dieser Stadt erhalten, stellte GR. EDLINGER (SPö) fest, und ihr Wahlziel somit erreicht. Anders die beiden anderen Parteien: Die FPö sprach vor der Wahl von einem Hinzugewinn von zwei bis drei Mandaten, die öVP formulierte ihr Wahlziel unklarer. Sie wolle 1988 den Bürgermeister stellen. In Anbetracht dieser Wunschvorstellung sei das tatsächlich erreichte Ergebnis für die öVP keinesfalls "historisch".

Bereits zweimal seit 1945 hat die öVP bei Wiener Gemeinderatswahlen einen höheren Stimmenanteil als diesmal erreicht. Edlinger analysierte das Wiener Wahlergebnis der öVP und kam, wie auch der öVP-Stadtrat Dr. Jörg MAUTHE in einem Zeitungsartikel, zu dem Schluß, das Busek das Wahlergebnis der Nichtkandidatur der Vereinten Grünen in Wien verdanke. Die öVP habe während des Wahlkampfes ein Programm präsentiert, das dann verwirklicht werden sollte, wenn Busek Bürgermeister würde. Da dies nicht eintraf, habe die Wiener öVP nun kein gültiges Programm mehr.

Bürgermeister Leopold Gratz hat in seiner Regierungserklärung die Schwerpunkte für die künftige Arbeit der Sozialistischen Partei festgelegt. Dieser Erklärung liegt ein Arbeitsprogramm zu Grunde, das von der Überwiegenden Mehrheit der Wiener mit Zustimmung bedacht wurde. Schwerpunkte dieses Arbeitsprogrammes werden die Bereiche der Stadterneuerung und der Umweltfragen sein. Die Stadterneuerung, die keine Stadtreparatur ist, weil Wien nicht zerstört ist, soll den Charakter dieser Stadt bewahren und jene Verbesserungen, Renovierungen und Ergänzungen beinhalten, die das Stadtgefüge modern und lebendig erhalten. Stadterneuerung heiße für die SPö, die Wohnsubstanz auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen und die Lebensqualität außerhalb des Wohnungsbereiches zu verbessern.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

53 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP habe nicht erkannt, daß mit dem neuen Ressort Stadtentwicklung und Stadterneuerung mehr Möglichkeiten für eine wirksamere Stadterneuerung eröffnet wurden. Der Stadtentwicklungsplan sei im wesentlichen abgeschlossen, sagte GR. Edlinger, jetzt gehe er in die Realisierungsphase. Die Zusammenführung von Planungsabsicht und Realisierung sei eine der Voraussetzungen, um wirksam arbeiten zu können.

Der zweite wesentliche Schwerpunkt dieser Arbeitsperiode sei die Umweltpolitik. Wiens Umweltbedingungen haben sich anders als in den meisten Großstädten der Welt in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Spektakuläre Bürgerinitiativen finden zwar lautes Medienlob, er sei jedoch überzeugt, daß Lösungen, die für ganz Wien Verbesserungen bringen, letztlich besser sind, und daß dies auch von den Menschen erkannt wird, sagte Edlinger. Umweltschutz dürfe kein Modewort sein. Die gesellschaftspolitische Aufgabe des Umweltschutzes kann nur durch konkrete Konzepte und durch praktizierte Umverteilung gelöst werden. Die Hauptfrage dabei sei, wessen Umwelt zerstört wird und von wem? Edlinger bedauerte, daß die ÖVP einzelne der Regierungsmannschaft bereits abqualifizierte bevor sie ihr Amt überhaupt angetreten haben. Die SPÖ wird jedoch auch weiterhin bereit sein, Kooperation mit all jenen zu suchen, die an dieser Stadt aktives Interesse zeigen. (Forts.) ba/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

54 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL (FPÖ) bezeichnete die Aufgabe der FPÖ im neuen Gemeinderat als die einer kontrollierenden und dabei konstruktiven Opposition. Die Entwicklung in der Bundespolitik sei dabei für die FPÖ Wien nicht maßgeblich, da sich die Freiheitlichen als föderative Partei betrachten. Den Verlust eines Mandates führte HIRNSCHALL auf die seiner Meinung nach eklatante Ungerechtigkeit des Wiener Wahlrechts zurück.

HIRNSCHALL betonte, man solle dem neuen Stadtsenat eine faire Chance zu arbeiten einräumen. Allerdings müsse man die Aufteilung der Geschäftsgruppen als mißlungen bezeichnen. Es sei nicht gelungen, gleichmäßig große, administrierbare und überschaubare Verwaltungseinheiten zu schaffen. Der Verzicht auf ein Planungsressort sei für eine Großstadt wie Wien nicht einsehbar. Als begrüßenswert bezeichnete HIRNSCHALL das Umwelt-Vetorecht von StR. SCHIEDER, dessen praktische Erprobung allerdings erst seine Wirksamkeit beweisen müsse.

Eine wichtige Aufgabe für die kommende Legislaturperiode sei die Schaffung einer öffentlichen Kontrolle für den geförderten Wohnungsbau, um die Schädigung von Wohnungssuchenden zu vermeiden. Auch die baldige Bestellung eines neuen Kontrollamtsdirektors - möglichst bis Ende Juni - sei dringend nötig.

Vieles was 1978 an Problemen offen war, sei auch heute noch nicht gelöst, sagte HIRNSCHALL. Er nannte in diesem Zusammenhang den Lärmschutz und die Luftverschmutzung, das Funktionieren der Entsorgungsanlagen, den Problemkreis der Altbausanierung, den Parkgaragenbau, das Beschleunigungsprogramm beim öffentlichen Verkehr und Probleme der ärztlichen Versorgung.

Die FPÖ sei bereit, schloß HIRNSCHALL, Sachvorschläge zur Lösung aller kommunalen Probleme einzubringen. Ein für diese Vorschläge offenes Klima könnte zur Lösung der Wiener Probleme beitragen. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte über Bürgermeisterrede

=++++

55 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. GOLLER (ÖVP) erklärte, daß sich GR. EDLINGER in seiner Rede nur sehr wenig mit dem Arbeitsprogramm des Bürgermeisters und sehr viel mehr mit der ÖVP beschäftigt habe. Dies sei angesichts der erfolgreichen Aktivitäten der ÖVP auch gar nicht verwunderlich. Bei der ÖVP gehe der Trend seit 1973 aufwärts, bei der SPÖ hinab.

Die plakative Selbstdarstellung der SPÖ im Wahlkampf "Wien braucht" - war doch in Wirklichkeit das Einbekenntnis, daß nicht eingelöst wurde, was in den Arbeitsprogrammen von Bürgermeister GRATZ versprochen worden war. Das Erkennen der Probleme allein genügt nicht, man muß vor allem auch etwas tun.

Seit zehn Jahren sei Leopold GRATZ Bürgermeister, seit zehn Jahren gebe es auch einen Umweltstadtrat, geschehen sei in dieser Zeit aber de facto nichts. Erst vor wenigen Monaten wurde ein Programm zur Reduzierung der Umweltbelastungen durch die Kraftwerke vorgestellt.

Die Dezentralisierung der Verwaltung wurde von GRATZ vor langer Zeit angekündigt. Der Versuch ist jedoch mißlungen.

Die neuen Geschäftseinteilung bezeichnete GOLLER als echten Rückschritt. Er sei sehr skeptisch, was das Vetorecht der Umweltschutzabteilung anbelangt.

Es sei traurig, daß die SPÖ nur eine Fortschreibung ihrer Arbeitsprogramme seit 1973 betrieben hat. Konkrete Maßnahmen sind im Arbeitsprogramm nicht enthalten. Wir werden, schloß GOLLER, nicht nur kontrollieren, sondern auch weiterhin die Ideen und Vorschläge für eine wirkliche Stadterneuerung liefern.

Damit war die Sitzung des Wiener Gemeinderates um 15.50 Uhr beendet. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Landtag

Utl.: Konstituierende Sitzung

=++++

57 Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Hubert PFOCH (SPö) trat der Wiener Landtag im Anschluß an die konstituierende Sitzung des Gemeinderates zu seiner ersten Sitzung zusammen. Hubert PFOCH wurde einstimmig zum 1. Präsidenten des Wiener Landtages wiedergewählt. Zum 2. Präsidenten wurde einstimmig Fritz HAHN (öVP) und ebenfalls einstimmig Erika KRENN (SPö) zum 3. Präsidenten gewählt.

Im Namen des Wiener Landtages sprach PFOCH dem scheidenden 3. Präsidenten Otto SCHWEDA (SPö) Dank und Anerkennung für sein jahrzehntelanges Wirken im Dienste des Bundeslandes Wien aus.

Die Wahl der neun Mitglieder des Immunitätskollegiums und der neun Mitglieder des Unvereinbarkeitsausschusses im Verhältnis 6 SPö und 3 öVP sowie der zwölf Mitglieder des Bundesrates und deren Ersatzmänner wurde einstimmig durchgeführt. Von den zwölf Bunderatsmandaten, die Wien zustehen, entfallen acht auf die Sozialistische Partei und vier auf die österreichische Volkspartei. die neuen Bundesräte sind:

Kurt Heller, Dkfm. Alfred Hintschig, Rudolf Nürnberger, Prof. Dr. Harald Ogris, Johann Schmöblz, Walter Strutzenberger, Reinhold Suttner und Norbert Tmej, alle von der SPö sowie Dr. Erika Danzinger, Prof. Dr. Manfred Mautner-Markhof, Dkfm. Dr. Karl Pisec und Reg.Rat Rudolf Sommer, alle von der öVP. (Schluß) fk/ap

ENDE DES SITZUNGSBERICHTES

NNNN